

INHALT

13. Sachkundenachweis für Hundehalter, die erstmals einen Hund anmelden
14. Bewilligungspflicht nach § 6 TFLG 1996
15. Abgabenertragsanteile der Gemeinden März 2020

16. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis März 2020
- Verbraucherpreisindex für Jänner 2020 (vorläufiges Ergebnis)*

13.

Sachkundenachweis für Hundehalter, die erstmals einen Hund anmelden

Mit Gesetz vom 21. November 2019, LGBl. Nr. 5/2020, kundgemacht am 27. Jänner 2020, wurde das Landes-Polizeigesetz (LPG) in wesentlichen Punkten novelliert. Gemäß § 6a Abs. 9 LPG haben Halter, die erstmals einen Hund anmelden, den Nachweis einer theoretischen Ausbildung (Sachkundenachweis) vorzulegen. Die Landesregierung hat durch Verordnung nähere Bestimmungen über den Sachkundenachweis zu erlassen, wobei die Ausbildungsberechtigung, die Ausbildungsinhalte und die Dauer der Ausbildung festzulegen sind.

Diese Verordnung wurde von der Landesregierung am 03.03.2020 beschlossen und im Landesgesetzblatt am 12. März 2020, LGBl. Nr. 30/2020, kundgemacht; die Verordnung tritt am **01. April 2020** in Kraft.

Dementsprechend haben Hundehalter, die ab 01. April 2020 erstmals bei der Gemeinde einen Hund anmelden, einen schriftlichen Nachweis über die Teilnahme an der Ausbildung mit der Bezeichnung „Sachkundenachweis gemäß § 6a Abs. 9 Landes-Polizeigesetz“ (vgl. § 5 der Verordnung) vorzulegen.

Die entsprechenden Kurse in der Dauer von drei Unterrichtseinheiten zu je 50 Minuten werden derzeit von der Wirtschaftskammer Tirol organisatorisch beworben und ausgerichtet. Die Kursinhalte (vgl. § 3 der Verordnung) werden von tierschutzqualifizierten Hundetrainern und Tierärzten vorgetragen (vgl. § 1 der Verordnung). Die Bestimmung des § 4 der Verordnung sieht für bestimmte Personengruppen, die bereits über eine entsprechende Ausbildung verfügen, Ausnahmen von der Verpflichtung zur Vorlage des Sachkundenachweises vor.

Fragestellungen im Zusammenhang mit der Vorlage des Sachkundenachweises:

- Wie ist vorzugehen, wenn der Hundehalter zum Zeitpunkt der Anmeldung des Hundes bei der Gemeinde den Sachkundenachweis nicht vorlegen kann? Die Anmeldung des Hundes ist trotzdem entgegen zu nehmen und gleichzeitig eine Nachfrist für die Vorlage des Sachkundenachweises festzusetzen. Wird diese nicht eingehalten ist Anzeige an die Bezirksverwaltungsbehörde zu erstatten, zumal die Nichtbefolgung der Verpflichtung einen Sachkundenachweis vorzulegen eine Verwaltungsübertretung gemäß § 8 Abs. 1 lit. f) LPG darstellt.

Anmerkung:

Diese Vorgangsweise (Gewährung einer Nachfrist) wird auch im Hinblick auf die aktuelle Situation im Zusammenhang mit dem Coronavirus für den Fall, dass Hundehalter mangels entsprechendem Kursangebot den Sachkundenachweis bei der Anmeldung des Hundes nicht vorlegen können, empfohlen.

- Die Verpflichtung, einen Sachkundenachweis vorzulegen, gilt nur für Hundehalter, die erstmals einen Hund anmelden. Wenn der Hundehalter behauptet, früher oder in einem anderen Bundesland einen Hund gehalten zu haben, hat er dies zu beweisen bzw. glaubhaft zu machen. Als entsprechende Beweismittel kommen beispielsweise Abgabenbescheide über die Vorschreibung der Hundesteuer, Eintragungen in der Heimtierdatenbank, usw. in Frage.
- Der (neue) Hundehalter gibt an, in einem Haushalt, in dem Hunde gehalten wurden aufgewachsen zu sein. In diesem Fall ist zu überprüfen, wer in diesem Haushalt Hundehalter war, zumal nur dieser von der Verpflichtung, einen Sachkundenachweis vorzulegen, ausgenommen ist.

Hinweis zu den im Portal Tirol zur Verfügung gestellten Musterverordnungen

Es wird dringend empfohlen, die auf der Grundlage des bisher in Geltung stehenden § 6a Abs. 2 LPG erlassenen Verordnungen zu prüfen und gegebenenfalls im Sinne des (neuen) § 6a Abs. 2a LPG anzupassen (Aufhebung oder Abänderung der Verordnung).

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Verordnungen gemäß § 6a Abs. 2a LPG nur

bestimmte Gebiete oder bestimmte Verkehrsflächen außerhalb geschlossener Ortschaften betreffen dürfen, zumal innerhalb geschlossener Ortschaften die gesetzliche Regelung des § 6a Abs. 2 LPG gilt.

Die Wiederholung der gesetzlichen Regelung (§ 6a Abs. 2 LPG) in der Verordnung ist zu unterlassen. Allenfalls kann der Gesetzestext zur Information der BürgerInnen am Ende des Verordnungstextes als Hinweis angeführt werden.

Weiters wird darauf hingewiesen, dass der Text der Musterverordnungen sämtliche gesetzlichen Möglichkeiten vorsieht (Leinen- und/oder Maulkorbpflicht). Der Gemeinderat hat jedoch die vorgesehene Maßnahme zu konkretisieren; die gesetzlichen Möglichkeiten sind: nur Leinenpflicht, nur Maulkorbpflicht, Leinen- und Maulkorbpflicht bzw. Leinen- oder Maulkorbpflicht.

Hinsichtlich der Musterverordnung über die Ausweisung von Hundefreilaufzonen wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass entsprechend der Bestimmung des § 6a Abs. 2 LPG Hundefreilaufzonen nur innerhalb geschlossener Ortschaften ausgewiesen werden können. Dieser Bestimmung liegt die Überlegung zugrunde, dass in manchen Städten die geschlossene Ortschaft nahezu das gesamte Gemeindegebiet umfasst und daher aus tierschutzfachlichen Überlegungen Hundefreilaufzonen notwendig sind.

Die Abteilung Gemeinden kann diesbezüglich gerne unterstützend kontaktiert bzw. können Verordnungsentwürfe zur Vorprüfung übermittelt werden.

14.

Bewilligungspflicht nach § 6 TFLG 1996

Bewilligungspflichten in einem anhängigen Zusammenlegungsverfahren gemäß § 6 Tiroler Flurverfassungslandesgesetz 1996 (TFLG 1996): Ein Zusammenlegungsverfahren im Sinne des Tiroler Flurverfassungslandesgesetz 1996 wird gemäß § 3 leg.cit durch **Verordnung der Agrarbehörde** eingeleitet. In der Verordnung wird das Zusammenlegungsgebiet entweder durch Anführung aller betroffenen Grundstücke oder durch Anführung der Begrenzung festgelegt.

In der Verordnung über die Einleitung eines Zusammenlegungsverfahrens gemäß § 3 TFLG 1996 können **Eigentumsbeschränkungen an Grundstücken**, die in das Verfahren einbezogen worden sind, vorgesehen werden. In der Praxis sind diese Eigentumsbeschränkungen ständig Inhalt einer Einleitungsverordnung.

Die Bewilligungspflicht gemäß § 6 TFLG 1996 tritt zusätzlich zu einer allfällig **auf Grund einer anderen Vorschrift notwendigen Bewilligung**, z.B. Baubewilligung nach der TBO etc. Die Eigentumsbeschränkungen bzw. die zusätzlichen Bewilligungserfordernisse dienen dazu, den Erfolg der Zusammenlegung sowohl in rechtlicher als auch in faktischer Hinsicht zu gewährleisten.

Gemäß § 6 TFLG 1996 dürfen in das Verfahren alle einbezogenen Grundstücke nur mit Bewilligung der Agrarbehörde anders als bisher genutzt werden; dies gilt nicht für Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung des ordentlichen Wirtschaftsbetriebes erforderlich sind.

Weiters ist die Errichtung, Wiederherstellung, wesentliche Änderung oder Entfernung von Bauwerken, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Wegen und ähnlichen Anlagen nur mit Bewilligung der Agrarbehörde möglich.

Wurde entgegen der genannten Beschränkungen auf Grundstücken Änderungen vorgenommen oder Anlagen errichtet, so ist darauf im Zusammenlegungsverfahren nicht Bedacht zu nehmen. Hindern die Änderungen bzw. die errichteten Anlagen die Zusammenlegung, so ist die Wiederherstellung des früheren Zustandes auf Kosten des Verursachers zu verfügen.

Für weitere Fragen steht die Abteilung Agrarrecht gerne zur Verfügung.

*Mag.a Anja Tautschnig
Abt. Agrarrecht*

15.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden März 2020

Ertragsanteile an	2019	2020	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	61.179	1.020.749	959.570	1568,46
Lohnsteuer	22.974.755	24.300.209	1.325.455	5,77
Kapitalertragsteuer	1.072.695	1.196.581	123.886	11,55
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	469.442	584.793	115.352	24,57
Körperschaftsteuer	-109.674	-297.909	-188.236	-171,63
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	137	55	-83	-60,05
Stiftungseingangssteuer	15.782	17.259	1.477	9,36
Bodenwertabgabe	1.502	2.195	694	46,20
Stabilitätsabgabe	56.533	88.951	32.418	57,34
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	24.542.350	26.912.884	2.370.533	9,66
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	20.352.452	21.314.048	961.595	4,72
Tabaksteuer	1.583.360	1.632.234	48.875	3,09
Biersteuer	192.992	237.800	44.807	23,22
Mineralölsteuer	3.377.390	3.472.568	95.178	2,82
Alkoholsteuer	170.574	168.830	-1.744	-1,02
Schaumweinsteuer	24.625	24.871	246	1,00
Kapitalverkehrsteuern	362	6.208	5.846	1614,78
Werbeabgabe	103.131	101.496	-1.635	-1,59
Energieabgabe	844.327	1.030.508	186.181	22,05
Normverbrauchsabgabe	375.662	394.320	18.658	4,97
Flugabgabe	49.857	59.208	9.352	18,76
Grunderwerbsteuer	10.373.420	12.460.645	2.087.225	20,12
Versicherungssteuer	64.578	52.776	-11.801	-18,27
Motorbezogene Versicherungssteuer	197.428	176.046	-21.382	-10,83
KFZ-Steuer	9.407	7.206	-2.200	-23,39
Konzessionsabgabe	292.077	275.222	-16.855	-5,77
Summe sonstige Steuern	38.011.643	41.413.986	3.402.343	8,95
Kunstförderungsbeitrag	44.407	44.879	473	1,06
Gesamtsumme	62.598.400	68.371.749	5.773.349	9,22
Zwischenabrechnung	7.337.103	-1.273.726	-8.610.829	-117,36
Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung	69.935.503	67.098.023	-2.837.480	-4,06

16.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis März 2020

Ertragsanteile an	2019	2020	Veränderung	
			In Euro	In %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	14.006.398	17.940.868	3.934.470	28,09
Lohnsteuer	76.680.074	79.140.548	2.460.474	3,21
Kapitalertragsteuer	5.058.035	5.144.584	86.549	1,71
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	1.741.940	1.485.106	-256.834	-14,74
Körperschaftsteuer	22.168.521	23.259.400	1.090.879	4,92
Abgeltungssteuern Schweiz	-16	0	16	100,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	5.504	534	-4.970	-90,30
Stiftungseingangssteuer	45.273	29.114	-16.159	-35,69
Bodenwertabgabe	187.003	146.309	-40.694	-21,76
Stabilitätsabgabe	176.371	219.630	43.259	24,53
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	120.069.103	127.366.093	7.296.990	6,08
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	62.804.050	67.197.247	4.393.197	7,00
Tabaksteuer	4.823.217	4.752.455	-70.762	-1,47
Biersteuer	555.745	464.644	-91.101	-16,39
Mineralölsteuer	11.460.751	11.057.567	-403.184	-3,52
Alkoholsteuer	453.929	432.518	-21.411	-4,72
Schaumweinsteuer	58.049	53.828	-4.221	-7,27
Kapitalverkehrssteuern	1.571	8.326	6.755	430,04
Werbeabgabe	332.245	320.898	-11.347	-3,42
Energieabgabe	3.096.537	2.715.339	-381.198	-12,31
Normverbrauchsabgabe	1.065.612	1.231.741	166.130	15,59
Flugabgabe	170.741	181.135	10.394	6,09
Grunderwerbsteuer	31.376.645	34.784.707	3.408.062	10,86
Versicherungssteuer	2.561.157	2.713.332	152.174	5,94
Motorbezogene Versicherungssteuer	4.035.563	3.955.578	-79.985	-1,98
KFZ-Steuer	141.637	142.001	364	0,26
Konzessionsabgabe	927.362	810.947	-116.415	-12,55
Summe sonstige Steuern	123.864.811	130.822.263	6.957.452	5,62
Kunstförderungsbeitrag	44.407	44.879	473	1,06
Gesamtsumme	243.978.320	258.233.235	14.254.915	5,84
Zwischenabrechnung	7.337.103	-1.273.726	-8.610.829	-117,36
Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung	251.315.423	256.959.509	5.644.086	2,25

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR JÄNNER 2020 (vorläufiges Ergebnis)		
	Dezember 2019 (endgültig)	Jänner 2020 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	108,1	107,6
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	119,7	119,1
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	131,0	130,4
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	144,9	144,2
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	152,4	151,7
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	199,3	198,4
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	309,8	308,4
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	543,7	541,2
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	692,8	689,6
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	695,1	691,9
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Jänner 2020 beträgt 107,6 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für den Vormonat Dezember 2019 um 0,5 Punkte gesunken (Dezember 2019 gegenüber November 2019 + 0,7 Punkte). Gegenüber Jänner 2019 ergibt sich eine Steigerung um 2,1 Punkte (+ 2,0 %), für Dezember 2019/2018 um 1,8 Punkte (+ 1,7 %).</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

**Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck